



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 9 - V - 3 6 - 0 0 1 5**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V/36

Personalmehrbedarf im Umweltamt zur Weiterentwicklung und Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge		DL-Nr. <small>(wird von Amt 16 ausgefüllt)</small>	
a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Axel Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: Stand Mai 2019:
 -2.122.622,51 €
 in %: -6,3%

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	3 x Sachkosten Büroarbeitsplatz, 07 - 12 / 2020	14.550 €	14.550 €		K'St 1100066	606350	Büroausstattung GWG
	x	2020	PK, 1 VZÄ E 13 07 - 12/2020	44.720 €	44.720 €		K'St 1300158	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2020	PK, 1 VZÄ A10 / E9c 07 - 12/2020	37.802 €	37.802 €		K'St 1100066	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2020	PK, 1 VZÄ E 6 07 - 12/2020	27.810 €	27.810 €		K'St 1300158	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	2021	3 x Sachkosten Büroarbeitsplatz	29.100 €	29.100 €		K'St 1100066	606350	Büroausstattung GWG
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ E 13	92.123 €	92.123 €		K'St 1300158	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ A10 / E9c	77.871 €	77.871 €		K'St 1100066	630098	Personalaufwendungen D-Plan
	x	ab 2021	PK, 1 VZÄ E 6	57.289 €	57.289 €		K'St 1300158	630098	Personalaufwendungen D-Plan
Summe einmalige Kosten:				381.265 €	381.265 €				

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Verlustraten an Tieren und Pflanzen nehmen in den letzten Jahren stetig zu. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich daher beim Abschluss der Kooperationsvereinbarung für die Jahre 2017 bis 2021 ausdrücklich für die Umsetzung von Biodiversitätsprojekten und für die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Biodiversitätsstrategie ausgesprochen. Die damit verbundenen Aufgaben erfordern einen zusätzlichen Personaleinsatz, um bestehende Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt weiterzuführen, auszubauen und in die Region zu vernetzen..

Anlagen:

- Anlage 1 Stellenbeschreibung 3605 Biodiversitätsmanagement
- Anlage 2 Stellenbeschreibung 3601 Administration und Vollzugsaufgaben
- Anlage 3 Stellenbeschreibung 3605 Assistenzkraft

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass beim Umweltamt (V/36) in den Produktbereichen 3605 Natur und Landschaft 3601 Zentrale Dienste zusätzlicher und unbefristeter Personalbedarf von insgesamt 3 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) besteht.
2. Zur Bewältigung zusätzlicher Aufgaben im Bereich Biodiversitätsstrategie werden beim Umweltamt zum Stellenplan 2020/2021 drei Vollzeitplanstellen mit den Stellenwerten E 13 (Anlage 1), A 10/E 9c (Anlage 2) und E 6 (Anlage 3) geschaffen.
3. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten für das Jahr 2020 in Höhe von 124.882 Euro und ab 2021 in Höhe von jährlich 256.383 Euro (Gesamtkosten für die HH-Jahre 2020/2021 381.265 Euro) zzgl. Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen. Die erforderlichen Mittel werden von V/36 auf den personalführenden Kostenstellen 1300158 und 1100066 als Weiterer Bedarf im Haushalt 2020/2021 angemeldet.
4. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat V/36 ab 01.07.2020 um 3 VZÄ zu erhöhen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die 3 Vollzeitplanstellen sind erforderlich, um die stark gestiegenen Anforderung zur Planung und Abwicklung Maßnahmen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie zu bewältigen. Weitere fachliche Begründungen siehe Pkt. IV ergänzende Erläuterungen.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es

auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

/

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

In den letzten 230 Jahren starben mehr als 140 Pflanzenarten in Hessen aus. Die Verlusten an Tieren und Pflanzen nahmen in den letzten Jahren dabei stetig zu. Spätestens die von Umweltministerin Hinz getroffene Feststellung zu „fehlenden Insekten auf Windschutzscheiben“ hat dazu geführt den Menschen deutlich vor Augen zu führen, dass das Artensterben auch aktuell in Deutschland und nicht „weit entfernt“ oder in „ferner Zukunft“ stattfindet. In Wiesbaden sind noch vor Jahren existierende Bestände des Feldhamsters inzwischen nahezu verschwunden. Das Insektensterben macht auch vor den Stadtgrenzen nicht Halt. Erfreulicherweise tummeln sich in unserer Stadt derzeit noch stabile Populationen von Gartenschläfern, die in anderen Teilen Deutschlands drastische Bestandseinbrüche erfahren haben oder auch schon vollständig verschwunden sind. Hier existiert die Chance aktive Verantwortung für eine stark gefährdete Art zu übernehmen.

Die Gründe für den zu verzeichnenden Verlust an Biodiversität sind vielfältig. Sie liegen im Wesentlichen aber in der immer weiter steigenden Beanspruchung natürlicher Ressourcen durch den Menschen. Die Politik der Landeshauptstadt Wiesbaden, hier SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat sich bei Abschluss der Kooperationsvereinbarung für die Jahre 2017 bis 2021 ausdrücklich für die Umsetzung von Biodiversitätsprojekten und für die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Biodiversitätsstrategie ausgesprochen.

Der Umweltausschuss hat den Magistrat zuletzt durch Beschluss Nr. 0067 vom 07.05.2019 aufgefordert, bestehende Maßnahmen zum Erhalt der Biologischen Vielfalt weiterzuführen und auszubauen.

Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie hat das Umweltamt seit 2017 u.a. folgende Maßnahmen

entwickelt, begleitet und/oder abgewickelt:

- Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden in das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“
- Entwicklung und laufende Abwicklung des Förderprogrammes „Blühende Landschaften und Lebensräume in Wiesbaden“
- Kooperationsprojekte mit stadtinternen und externen Partnern zur Umsetzung von Biodiversitätsmaßnahmen (Blühflächen, Streuobstpatenpflanzungen, Gebietslebensraumkonzept mit der Hegegemeinschaft-Ost u.w.)
- Anlage von Ausgleichs- und Umsiedlungsflächen im Rahmen der Baugebietsentwicklungen „Petersweg“; „Hainweg“ und „Bierstadt-Nord“ -teilweise auch unter Durchführung von Umsiedlungsmaßnahmen zum Schutz örtlicher Populationen (z.B. Eidechsen, Heuschrecken und Feldlerchen)
- Begleitung der Machbarkeitsstudie für eine „UNESCO-Biosphärenregion Wiesbaden/Rheingau-Taunus/Main-Taunus“
- Vorbereitung des Ausweisungsverfahrens für das Naturschutzgebiet „Hangwiesen Aussicht Lerchenberg“ in Bierstadt

Die notwendigen Maßnahmen, um die biologische Vielfalt in Wiesbaden zu schützen und zu fördern, sind so umfassend und vielschichtig, dass diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nur mit aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtlicher Mitwirkender, Gewerbetreibender sowie der Landwirtschaft und über die örtlichen Zuständigkeitsgrenzen hinausgehender Kooperationspartner erreicht werden kann.

Die Fortführung und Weiterentwicklung von Maßnahmen erfordert einen hohen Personaleinsatz nicht nur für die fachliche Begleitung, sondern auch für die organisatorische/verwaltungsfachliche Abwicklung. Für das Themenfeld Biosphärenregion und für die Betreuung der Mitgliedschaften unter dem Aspekt der Teilnahme an naturschutzfachlichen Einzelprojekten existieren derzeit keine geplanten Personalkapazitäten. Eine Vielzahl von Aufträgen und Nachfragen aus Politik und Gesellschaft zum Thema Biodiversität bindet zusätzlich zu den aktiv zu planenden und zu betreuenden Maßnahmen hohe Zeitkontingente, wenn diesen sach- und fachgerecht nachgekommen werden soll.

Zur Bewältigung der komplexen und auf längere Dauer angelegten Aufgaben ist eine Aufstockung des Personalbestandes um die in den Anlagen 1-3 beschriebenen Stellen dringend erforderlich:

3605 E 13 Biodiversitätsmanagement
3601 E 9c Vollzugsaufgaben und Administration
3605 E 6 Assistenzkraft.

Gemäß Schreiben des Oberbürgermeisters vom 06.09.2017 sind hinsichtlich des quantitativen und qualitativen Personalbedarfs dem Personal- und Organisationsamt die nachfolgenden Unterlagen mit dieser Sitzungsvorlagen einzureichen:

- **Stellenbeschreibungen (zwecks Stellenbewertung und zur Prüfung der Abgrenzung zu anderen Aufgabenbereichen)**

Die Stellenbeschreibungen für die beantragten zusätzlichen Stellen sind als Anlage beigefügt.

- **Aufgabenentwicklung, z. B. Zeitreihen zu Fallzahlen und Arbeitsmengen, Personalbestand (Zeitreihe analog Aufgabenentwicklung/Basis: LOGA), interkommunale Vergleiche/Kennzahlen**

Da es sich um neue Aufgaben handelt, die bislang nicht im Organisationsplan von V/36 abgebildet waren, handelt es sich nicht um eine Mehrmenge.

Die Personalbedarfsberechnungen der neuen Aufgaben ergeben pro Stelle im Jahr ein Stundenkontingent von ca. 1.530-1550 Stunden; dies entspricht 1 VZÄ pro zusätzlicher Stelle.

Die Aufgaben bestehen auf Dauer, d. h. es handelt sich um einen unbefristeten Personalbedarf bei V/36.

Da die Umweltämter von vergleichbaren deutschen Großstädten sehr unterschiedlich in Aufbau und Struktur sind, gibt es keinerlei interkommunale Vergleiche oder Kennzahlen für die Personalbedarfsermittlung der o. g. neuen Aufgaben.

Ein Benchmarking ist im Umweltbereich nicht möglich; die städtischen Aufgaben in diesem Bereich werden größtenteils durch politische Beschlüsse vorgegeben und zählen zu den Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge.

Im Amt 36 und im Dezernat V stehen keinen freien Stellen zur Verfügung, bzw. sind verfügbare Stellen bereits für andere Bedarfe reserviert, sodass eine Stellenneuschaffung zwingend erforderlich ist.

- **Auswirkungen auf Arbeitsplatzbedarf/-gestaltung**

Es handelt sich um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die Sachkosten können der Seite 2 dieser Sitzungsvorlage entnommen werden. Für diese neuen zusätzlichen Arbeitsplätze werden Büroräume am Standort Gustav-Stresemann-Ring 15 gesucht. Der Raumbedarf wird an 110320 gemeldet.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Zu der Mindestaufstockung des Personals in den beiden Fachbereichen gibt es keine Alternativen. Ohne das zusätzliche Personal sind die erhöhten Anforderungen aufgrund der Dringlichkeit und Komplexität des Schwerpunktthemas nicht leistbar. Die vorhandenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen können die Aufgaben nicht intern kompensieren.

Alternativen der Aufgabenverlagerung, geänderte Prioritätensetzung, Einholen externer Expertisen sind bereits ausgeschöpft.

Wiesbaden, 18. Juli 2019

Andreas Kowol
Stadtrat